

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	72 (1980)
Heft:	3
Artikel:	Mikroelektronik und Beschäftigung : ein Bericht des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (EGI)
Autor:	[s.n.]
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-354978

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mikroelektronik und Beschäftigung: Ein Bericht des Europäischen Gewerkschafts- instituts (EGI)*

Die «mikroelektronische Revolution» hat bereits in einigen Schlüsselindustrien und Dienstleistungszweigen zu Verlusten von Arbeitsplätzen in ganz Westeuropa geführt. Der Anteil des Verlustes an Arbeitsplätzen wird in den achtziger Jahren zunehmen und zu einer Steigerung der Arbeitslosenrate in den meisten westeuropäischen Ländern beitragen, wenn nicht im politischen Willen der Regierungen eine Änderung erfolgt, um eine Politik zu verfolgen, die die Arbeitslosigkeit abbaut und die vom technologischen Wandel zusätzlich verfügbaren Hilfsmittel verwendet, um die Arbeits- und Lebensqualität zu verbessern. Dies ist eine der Schlussfolgerungen des Berichtes über den «Einfluss der Mikroelektronik auf die Beschäftigung in Westeuropa in den achtziger Jahren», der vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI) mit Sitz in Brüssel veröffentlicht wurde.

«Technischer Fortschritt ist nicht notwendigerweise sozialer Fortschritt. Er kann im Gegenteil zum sozialen Rückschritt führen, wenn die Arbeitnehmer Opfer der Einführung der neuen umwälzenden Technologien werden. Deshalb müssen die Arbeitnehmer frühzeitig vorbereitet sein auf die Gefahren und Chancen der dritten technologischen Revolution in den achtziger Jahren, um sie mit politischen und tarifpolitischen Mitteln kontrollieren zu können.» Dies erklärte der Direktor des Europäischen Gewerkschaftsinstituts, Günter Köpke.

Der Bericht stützt sich auf eine Untersuchung über den Einfluss auf die Beschäftigung durch die bisher eingeführte Mikroelektronik bei Produkten und Verfahren in einer Reihe von Industrien und Dienstleistungszweigen sowie auf eine Übersicht hauptsächlicher Anwendungsbereiche der Mikroelektronik in den achtziger Jahren.

Nachfolgend die wesentlichen Schlussfolgerungen des Berichtes über den bisherigen Einfluss auf die Beschäftigung:

- Die Auswirkungen von Verlusten an Arbeitsplätzen durch die neue Technologie zeigten sich vor allem in solchen herstellenden Industrien, in denen die mechanischen oder elektro-mechanischen Elemente durch mikroelektronische ersetzt wurden. So liessen sich negative Effekte auf die Beschäftigung in verschiedenen Industrien feststellen, wie Uhren, Registrierkassen, Büromaschinen und im Fernmeldewesen.

* Zusammenfassung des EGI; Übersetzung aus dem Englischen

- Die Verwendung der Mikroelektronik in Produkten hat ebenfalls den Standort der Herstellung beeinflusst. Es besteht die Tendenz, einen grösseren Anteil des Produktionswertes und folglich der Beschäftigung auf die Hersteller von Bauelementen zu verlagern. Dies führte zu einer Verlagerung von Europa nach den USA und nach Japan. Die zunehmende Vorherrschaft von Amerika und Japan bei der Herstellung von Bauelementen und Computern in der ganzen Welt muss Grund zur Sorge für Westeuropa geben.
- Die zweite negative Auswirkung auf die Beschäftigung wurde durch die Anwendung der Mikroelektronik in den Produktionsverfahren sichtbar. Ein Beispiel hierzu war der Einfluss der Einführung neuer Technologien auf die Beschäftigung in der Druckindustrie in mehreren westeuropäischen Ländern.
- Die dritte negative Auswirkung war im Dienstleistungssektor zu spüren. Die Banken bilden ein Beispiel dafür. Während die Zahl der Beschäftigten in diesem Sektor der siebziger Jahre stieg, stagniert sie jetzt oder sinkt in einigen westeuropäischen Ländern; dies trotz des steigenden Bedarfs an Dienstleistungen der Banken.

Auf die *achtziger Jahre vorausschauend* weist der Bericht auf den Einfluss des technologischen Wandels in Teilbereichen des Dienstleistungssektors hin. In den vergangenen dreissig Jahren nahm die Zahl der Angestellten in den westeuropäischen Ländern zu, eine Entwicklung, die auch während der jüngsten Rezession nicht abbrach. Es besteht jedoch eine echte Gefahr, dass als Resultat der Büroautomatisierung sich die Beschäftigungsmöglichkeiten der Angestellten in den achtziger Jahren erheblich verschlechtern. Wegen des hohen Anteils der Frauen in diesem Bereich könnten die «Frauenarbeitsplätze» am stärksten gefährdet sein. Insgesamt dürfte in den meisten westeuropäischen Ländern die Beschäftigung als Folge des technologischen Wandels nur in den Sektoren des Öffentlichen Dienstes, des Bauwesens, des Hotel- und Gaststättengewerbes sowie der Personal- und Sozialdienste nicht sinken. Das Hauptproblem ergibt sich daraus, dass diese negativen Beschäftigungseffekte in einer Zeit mit bereits hoher Arbeitslosigkeit erfolgen, sofern nicht eine völlig andere Politik eingeschlagen wird.

Bezüglich des Einflusses auf die Arbeitsbedingungen stellt der Bericht fest: Eine Tendenz besteht darin, dass die Einführung der Mikroelektronik zu einer Polarisierung der Beschäftigung führt zwischen angelernten Arbeitern einerseits und hochqualifizierten Technikern andererseits, verbunden mit einem Rückgang an Beschäftigungsmöglichkeiten für Facharbeiter.

Der Verringerung von schwerer und unangenehmer Arbeit in einigen unerträglichen Arbeitssituationen als Ergebnis der Automation muss der zunehmende Stress und die Arbeitsbelastung bei solchen Tätigkeiten gegenübergestellt werden, in denen vorher kein Aus-

tausch Mensch/Maschine stattfand. Die neue Technologie vergrößert auch die Gefahr der Überwachung und Abhörung von Arbeitnehmern während der Arbeit sowie der zentralen Speicherung von Personalinformationen.

Der Bericht zeigt die *Antworten der Gewerkschaften auf den technologischen Wandel* auf und die gewerkschaftlichen Anstrengungen, in Tarifverhandlungen und mit anderen geeigneten Aktionsmitteln über alle mit der Einführung der neuen Technologie verbundenen Probleme auf Betriebs-, Unternehmens- und Industrieebene zu verhandeln. Einige der Feststellungen sind die folgenden:

- Um die negativen Aspekte des technologischen Wandels zu vermeiden, müssen die Gewerkschaften von Anfang an auf allen Ebenen an der Planung und politischen Entscheidung mitwirken; dies erfordert eine positive Antwort von Seiten des Managements.
- Die angemessene Verhandlungsebene und die Aktionsmittel werden vom jeweiligen System der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in einem bestimmten Land oder Sektor abhängen.
- Für die Gewerkschaften ist es notwendig, zu allen massgeblichen Informationen rechtzeitig Zugang zu haben.
- Wie wird der technologische Wandel die bestehenden Strukturen der Arbeitsorganisation, das Beschäftigungs niveau und die Arbeitsbedingungen beeinflussen? Das bleibt ein Hauptproblem.
- Eine zentrale Forderung für die Gewerkschaften war und ist die Absicherung vor einer Herabstufung von qualifizierten Arbeitsplätzen und die Gewährung von Umschulungsmöglichkeiten.
- Die mit der neuen Technologie zusammenhängenden Fragen haben die Gewerkschaften veranlasst, andere damit verbundene tarifpolitische Ziele anzustreben, insbesondere Arbeitszeitverkürzungen und Fragen der Qualität des Arbeitslebens.
- Eine Kontrolle durch die Gewerkschaften ist notwendig, um sicherzustellen, dass neue Technologien nicht zu einer verstärkten Überwachung der Arbeitnehmer missbraucht werden.
- Effektiv eingesetzt, müsste die Einführung neuer Technologien einen Zuwachs des Wirtschaftspotentials in Westeuropa in den achtziger Jahren ermöglichen. Ob sich dies in einem verbesserten Lebensstandard und verstärkter Beschäftigung oder in gefährlicher Arbeitslosigkeit niederschlägt, hängt nicht zuletzt vom politischen Willen der Regierungen ab.
- Für die Gewerkschaften ist es von gleich grosser Bedeutung, dass die Qualität dieses Wirtschaftswachstums so beschaffen sein muss, dass sie die Verwirklichung sozialer Ziele ermöglicht.
- Vom beschäftigungspolitischen und sozialen Standpunkt aus ist es erforderlich, dass die nicht-marktbezogenen Dienstleistungen in den achtziger Jahren ausgeweitet werden; die Finanzmittel

hierzu müssen aus den Gewinnen bereitgestellt werden, die in jenen Sektoren entstehen, in denen die Technologien hergestellt und angewandt werden.

- Auch wenn der technologische Wandel in den achtziger Jahren mit der Politik eines qualitativen Wachstums verbunden ist, muss er eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine grössere Freizeit bieten.

Schliesslich wird in dem Bericht argumentiert, dass die marktwirtschaftliche Wachstumskonzeption nicht die Abhängigkeit der europäischen elektronischen Industrie von amerikanischen und japanischen Investitionsgütern zu vermindern vermöge. Die Regierungen Westeuropas müssten die Entwicklung der europäischen elektronischen Industrie unterstützen und ihre Aktivitäten auf europäischer Ebene koordinieren.

Buchbesprechungen

Hans A. Pestalozzi: Nach uns die Zukunft. Von der positiven Subversion.
Verlag Ztglogge, Bern 1979, 224 Seiten, Fr. 23.-

Der Autor, Hans A. Pestalozzi, war von 1964 bis 1979 Leiter des international berühmten Gottlieb-Duttweiler-Instituts der «Migros» in Rüschlikon-Zürich.

Pestalozzi weist darauf hin: In Westdeutschland verfügen heute 3 Prozent der Haushalte über 75 Prozent des Produktivkapitals. In der Schweiz und in den andern westlichen Demokratien ist die Produktivkapitalkonzentration im grossen und ganzen gleich. Über die Verwendung und Investition von 75 Prozent des Produktivkapitals, das auch aus dem Geldbeutel der Konsumenten und Arbeitnehmer stammt, weil die Selbstfinanzierung über den Preis in der kapitalistischen Wirtschaft sehr hoch ist, bestimmt also eine sehr schmale Unternehmerschicht allein. Sie entscheidet gemäss dem Prinzip der Gewinnmaximierung und ihren Privatinteressen darüber, welche Technik im Produktionsprozess zur Anwendung kommt und die Technologie entscheidet wiederum über unser Schicksal und unsere Zukunft.

Deshalb fragt Pestalozzi: Dürfen wir die Planung der Milliardeninvestitionen und der technischen Entwicklung weiterhin privatem Management überlassen, oder sind denn nicht wir alle ausschliesslich legitimiert, gemeinsam zu entscheiden, in welcher Richtung wir uns weiterentwickeln wollen? Bietet eine Gesellschaft, deren Vermögen und Kapitalmacht sich immer stärker konzentriert, deren Entscheidungsstrukturen sich immer stärker zentralisieren, die Voraussetzungen, um echt frei im Sinne der Schweizer Demokratie zu sein oder zu werden? – Seine Antwort: «Die einzige Möglichkeit, aus negativen Entwicklungen herauszukommen, liegt in der Demokratisierung all unserer Lebensbereiche, vor allem aber der Wirtschaft.» Diese sehr gute Antwort hätte Pestalozzi noch verbinden sollen mit einem ganz klaren Hinweis auf die gewerkschaftliche Forderung nach dem paritätischen Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer auf allen Ebenen des Unternehmens.

